Freitag, 1. November 2019 | Nr. 44 | 61. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

2. WAHLGANG

In Verantwortung handeln

Warum die Zürcher SVP im zweiten Wahlgang um den Ständeratssitz die FDP unterstützen muss.

Von Christoph Blocher

Erwartungsgemäss wurde Roger Köppel nicht als Ständerat gewählt. Erstaunlich aber ist, dass die grüne Kandidatin als Vertreterin des links-grünen Verbundes dieses Ziel nicht erreicht hat. Sie ist sogar hinter Köppel, der allein gehen musste, gelandet. Und sogar der bisherige freisinnige Vertreter Ruedi Noser, der sich stark mit dem links-grünen Lager angebiedert hat, ist nicht gewählt worden. Es kommt zum zweiten Wahlgang.

Was ist zu tun?

Natürlich wäre es für den Kanton Zürich ein grosser Vorteil, wenn Roger Köppel mit seinem Einsatz für gute Rahmenbedingungen, seinem Kampfwillen und seiner Brillanz für die Freiheit und Sicherheit und damit für die Wohlfahrt der Zürcher Bürger zum Ständerat des Kantons Zürich gewählt würde. Nur ist das angesichts der Ausgangslage so gut wie unmöglich: Gegenüber einer rot-roten und einer rot-grünen Phalanx stünde er allein da, und die bürgerlichen Stimmen würden sich verzetteln. Damit wäre die Gefahr sehr gross, dass nicht der bisherige Freisinnige, sondern die links-extreme Grüne gewählt würde. Dieses Risiko darf die SVP nicht eingehen. So ist die SVP als verantwortungsbewusste Partei des Mittelstandes gezwungen, das Richtige zu tun. Und das heisst jetzt, sich für das kleinere Übel zu entscheiden.

Das kleinere Übel wählen

Darum hat die SVP zu Recht beschlossen, Roger Köppel zurückzuziehen, sodass sich wenigstens die bürgerlichen Stimmen nicht noch aufteilen. Ziel muss es sein, die grüne Marionna Schlatter zu verhindern, denn – wie sich jetzt zeigt – ist sie nicht eine harmlose Landfrau, die Pilze sammelt und Bäume umarmt, sondern eine linksextreme, grün angestrichene Kommunistin. Als ausgebildete Soziologin vertritt sie marxistische Staatsallmachtsfantasien, die für die bürgerliche Freiheit, die Sicherheit und unseren Wohlstand das sichere Ende bedeuten. Würde sie gewählt, wäre der Wirtschaftskanton Zürich neben einem schillernden Sozialdemokraten auch noch durch eine links-extreme Rot-Grüne vertreten.

Und der Freisinn?

Ich begreife den Zorn vieler Parteimitglieder: Noser ist nicht der Lieblingskandidat der SVP. Eine Unterstützung fällt vielen schwer. Dazu kommt, dass die FDP in den letzten Jahren stark nach links gerutscht ist. Sie hat darum schon im Herbst letzten Jahres – noch bevor die SVP wusste, wen sie nominieren wird, mitgeteilt, sie würde keinesfalls einen SVP-Kandidaten unterstützen. Im überheblichen Wahn verkündete die FDP, sie würde ihren Kandidaten Ruedi Noser auch im Alleingang locker durchbringen. Wie schon vor vier Jahren verweigerte die FDP der SVP auch 2019 im Kanton Zürich und in den meisten andern Kantonen eine Listenverbindung bei den Nationalratswahlen, weswegen 2015 und 2019 etliche bürgerliche Sitze verloren gingen.

Darum hat man ein gewisses Verständnis für die Stimmen in der SVP, die sich nun gegen eine Unterstützung eines Freisinngen wehren. Trotzdem: Von solchen Gedanken darf man sich auf keinen Fall beeinflussen lassen. «Wie Du mir – so ich Dir» ist kein verantwortungsvolles Handeln. Die SVP wurde so stark, weil sie stets in hoher Verantwortungsethik handelte. Das gilt nun auch jetzt. Es gilt, über den eigenen Schatten zu springen und die grossen Linien der Politik nicht aus den Augen zu lassen. Es ist doch klar: Die FDP steht uns trotz allem sicher weniger fern als eine linksextreme Grüne! Darum gilt es jetzt, das kleinere Übel zu wählen und den FDP-Kandidaten Noser zu unterstützen. Dies, um das Schlimmere zu verhindern. Die SVP tut dies aus Verantwortung gegenüber der Bevölkerung.

Lehre für die Zukunft

Aber die Fortsetzung der Wahlverluste der FDP sollte auch dieser Partei endlich die Augen öffnen. Auch bei allen unterschiedlichen Auffassungen von FDP und SVP sollten die beiden Parteien wieder wie früher – wenigstens bei Wahlen – zusammenspannen, gerade und speziell in unserem Kanton. Ganz einfach, um das grössere Übel zu verhindern. Es ist im Interesse des Wirtschaftsmotors Zürich sehr zu hoffen, dass bei nächster Gelegenheit auch wieder Listenverbindungen zustande kommen. Bewährte, erfolgreiche Methoden sollten nicht leichtfertig über den Haufen geworfen werden. Denn angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament gilt es, mit vereinigten Kräften Fehlentwicklungen zu verhindern. Wir haben uns für die arbeitende Bevölkerung einzusetzen. Ihr droht eine enorme Belastung durch Verteuerungen von Benzin, Heizöl und Flugtickets, durch neue Abgaben, Lohnabzüge und Gebühren – jetzt neuerdings wieder durch das Abzocker-Projekt eines Vaterschaftsurlaubs. Alle werden Steuern, Abgaben und Lohnabzüge erleiden, damit einer, der Vater wird, zwei weitere Wochen Ferien auf Kosten anderer machen kann.

Von der unverantwortlichen Einwanderungspolitik und dem Souveränitätsverlust nicht zu reden. Die roten Linken und die grünen Linken gehen in dieser Fehlentwicklung voran. Also: Das kleinere Übel wählen und Noser für den zweiten Wahlgang unterstützen!

Alt Bundesrat Christoph Blocher fordert an der kantonalen Delegiertenversammlung auf zu verantwortungsvollem Handeln. (weitere Bilder zur DV siehe Seite 4)

GELEGENHEIT

Delegiertenversammlung der SVP Schweiz im Kanton Zürich

Parolenfassung für die eidgenössische Abstimmung vom 9. Februar 2020

Samstag, 2. November 2019, 10.30 Uhr bis ca. 14.00 Uhr

Zentrum Eichi, Grafschaftsstrasse 57
8172 Niederglatt (ZH)

Gäste sind herzlich willkommen, Gästeausweise bestellen beim Generalsekretariat der SVP Schweiz: gs@svp.ch.

Veneta Cucine

Lust auf eine neue Küche?

Funktionales italienisches Design – 100% made in Italy
Exklusiv vertreten durch:
Alu Limmat AG
www.alulimmat.ch
Tel: +41 55 505 38 76
widmer@alulimmat.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon HörCenter

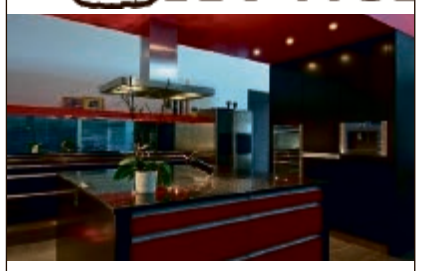
Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

SCHREINEREI Gebrüder Küttel



Ihr Partner rund um den Innenausbau

Gebrüder Küttel AG
8627 Grüningen
www.schreinerei-kuettel.ch
Tel: 043 833 99 70
info@schreinerei-kuettel.ch

Christbäume
Nordmann-, Rot-, Weisstannen, Nobilis, Blaufichten

Dekorationsreisig
Nordmann, Nobilis, Kosteri
Weymouthsföhren, Weisstannen

Verpackungsgeräte + Netze
in diversen Grössen

Christbaum-Spitzmaschinen
Diverse Modelle

Fordern Sie unsere Preisliste an!

jk
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
info@kressibucher.ch
www.kressibucher.ch

Christoph Mörgeli

Von Schweizern und «Schweizern»

Der Blick titelte in fetten Lettern: «Schweizer schlitzt Kosovaren auf». Dies als umgekehrte Referenz an ein SVP-Inserat von 2011 («Kosovaren schlitzen Schweizer auf»). Das Bundesgericht verurteilte deswegen zwei Mitarbeiter des SVP-Generalsekretariats wegen Rassendiskriminierung. Denn die «Kosovaren» seien eine Rasse, pardon eine «Ethnie». Was die Schweizer nicht sind. Weswegen unsere Bundesrichter gegen den Blick auch nichts unternehmen. Ist doch logisch.

Opfer der Messerattacke sei «ein junger Thurgauer mit kosovarischen Wurzeln». Die Schlagzeile müsste also heissen: «Schweizer schlitzt Schweizer auf». Das wäre strafrechtlich lupenrein. Möglicherweise hat aber der festgenommene «Schweizer» ebenfalls kosovarische Wurzeln. Dann hiesse die Überschrift: «Kosovare schlitzt Schweizer auf». Das allerdings hat das Bundesgericht verboten. Naheliegend wäre folgende Variante: «Kosovare schlitzt Kosovaren auf». Diese wäre sogar rassendiskriminierungsfrei. Denn innerhalb von Rassen, pardon «Ethnien», darf man sich aufschlitzen, soviel man will.

Am Zürcher Utoquai wird ein junges Paar schwer verletzt. Der Messerstecherei verdächtigt wird ein 16-jähriger Schweizer. Möglicherweise handelte es sich aber um einen «Schweizer». Im Kanton Bern wurde einem Siebzehnjährigen wegen seiner Homosexualität die Kehle aufgeschlitzt. – durch den eigenen Vater. Dieser ist (noch) kein Schweizer, sondern Iraker. Amnesty International beruhigt: Es gebe auch Schweizer, «die Familienmitglieder wegen ihrer Homosexualität aus der Familie verstossen».

Zwei «Schweizer» in Winterthur gerieten nach Drogenkonsum in einen Streit, wobei der eine den andern mit einem Messer verletzte. In einer Basler Bar wurde ein 36-jähriger Türsteher niedergestochen. In Aarau wurde ein Schweizer durch ein Messer im Gesicht verletzt durch einen flüchtigen Täter, «welcher der deutschen Sprache nicht mächtig war». Psychologen lamentieren über den hierzulande immer lockereren Umgang mit Messern. Wie wenn Pfadi-Dolche oder Victorinox-Sackmesser von Schweizer Burschen das Problem wären. Von unseren Polizisten vernehmen wir, sie hätten seit Jahren keine Personalie mit aussprechbarem Namen mehr auf den Tisch bekommen. Dürften sie nicht hie und da einen Falschparkierer büssen, wüssten sie gar nicht, dass es in der Schweiz noch Schweizer gibt.

ARMEE

Auch unsere Bodentruppen brauchen moderne Mittel

Mit der derzeit laufenden Umsetzung der Weiterentwicklung wird unsere Armee bis Ende 2022 besser auf die aktuelle Bedrohungslage ausgerichtet. Doch die Herausforderungen werden nicht kleiner: Der nächste wichtige Schritt wird die Erneuerung der Mittel zum Schutz der Schweiz vor Bedrohungen aus der Luft sein.

Jacqueline Hofer
Kantonsrätin, Stadträtin, SVP
Dübendorf

Parallel dazu wird die Cyber-Abwehr der Armee laufend verstärkt. Doch damit nicht genug: In den nächsten anderthalb Jahrzehnten müssen auch die Bodentruppen weiterentwickelt werden. Dazu hat der Bundesrat Mitte Mai einen Richtungsentscheid gefällt. Dieser Richtungsentscheid basiert auf dem Bericht «Zukunft der Bodentruppen». Dieser zeigt auf, wie sich Bedrohungen, das Umfeld unseres Landes sowie Konfliktbilder verändert haben und voraussichtlich weiter verändern werden: Heutige, sogenannte hybride Konflikte zeichnen sich durch einen unscharfen Übergang von einer angespannten Lage hin zu einem bewaffneten Konflikt aus. Sie finden am Boden, in der Luft und auch im Cyber-Raum statt, sie umfassen auch nichtstaatliche Akteure und Beeinflussungs-Operationen.

Was die Bodentruppen betrifft, sind militärische Einsätze fast immer in Städten und Agglomerationen zu erwarten, also im überbauten Gelände, inmitten der Bevölkerung.

Bis Ende 2030 werden diverse Hauptsysteme des Heeres ihr Nutzungsende erreicht haben, darunter Schützenpanzer, Haubitzen, Aufklärungsfahrzeuge und später auch Kampfpanzer.

Aufgrund der Bedrohungslage sowie der finanzpolitischen Rahmenbedingungen sollen diese Systeme nicht alle eins zu eins ersetzt werden. Der Bericht zeigt auf, welche Fähigkeiten die Armee auf längere Sicht braucht, um die Schweiz und ihre Bevölkerung schützen zu können. Von diesen erforderlichen Fähigkeiten wird abzuleiten sein, welches Material dafür beschafft werden muss. Wichtig zu wissen ist, dass der Bundesrat die Weiterentwicklung der Bodentruppen auf die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums abstimmen will. Für die Finanzierung sieht er wie bei der Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums vor, die Erneuerungen aus dem ordentlichen Armeebudget zu finanzieren. Konkret sieht der Bundesrat für die Erneuerung in den Jahren 2023 bis 2032 im Durchschnitt rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr vor.

Luftwaffe Schweizer Armee. Bild: SVP Schweiz

LESERBRIEF

Verantwortungslose Asylpolitik

Die heutige Bezeichnung «Flüchtlinge» ist falsch, denn diese sind mehrheitlich nicht geflohen, sondern ausgewandert. Heutzutage kann fast jeder Einwohner eines fernen Landes in ein europäisches Land reisen und dort als Asylant auf Kosten dieses Landes leben. Und zwar komfortabler als in seinem Herkunftsland, was ja auch der Grund der «Flucht» ist. Wird sein Asylantrag abgelehnt, wird er «vorläufig aufgenommen», mit anderen Worten, er kann bleiben, oder er taucht unter.

Die Flucht beginnt oft in Nordafrika. Dort warten Schlepper mit Schrottbooten auf zahlungswillige Flüchtlinge. Bei der geplanten Havarie werden die «Schiffbrüchigen» nach Europa und nicht ins näher gelegene Nordafrika gebracht. Finanziert werden die Retter grösstenteils aus Staatsgeldern, etwa via Hilfsorganisationen.

Ein Teil der Flüchtlinge verschweigt Herkunft und Identität. Offensichtlich steigt dadurch die Wahrscheinlichkeit, als vorläufig Aufgenommener akzeptiert zu werden.

Wie allerdings die Asylbehörde den Fluchtgrund klassifizieren soll, ist rätselhaft.

Schon heute gehen die jährlichen Kosten für Flüchtlinge in die Milliarden.

Einen erheblichen Teil davon streicht die Asyllobby ein, denn sie agiert, (wie die Hilfsorganisationen) nicht allein aus Mildtätigkeit, sondern um der Subventionen willen. Mit diesem Wahnsinn könnte Schluss gemacht werden: Sämtliche Verträge über das Asylwesen kündigen. Flüchtlingen und involvierten Hilfsorganisationen den Geldhahn zudrehen. Unsere Asylbürokratie abschaffen.

Otto Weiersmüller Uetikon

EIGENER VERZICHT WIRD NICHT THEMATISIERT

Die Doppelmoral der Klimaaktivisten

Als Aktivist wird eine Person bezeichnet, die in besonders intensiver Weise, mit Aktivismus, für die Durchsetzung bestimmter Absichten eintritt. Oft sind diese politischer Art und stammen aus den Bereichen Umwelt- und Sozialpolitik sowie der Bürger- und Menschenrechte.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Ungefähr so wird ein Aktivist in Wikipedia beschrieben. Momentan sind sie besonders aktiv und deshalb überall im Gespräch. Sie nehmen Wikipedia beim Wort und wollen ihre Absichten in der Klimafrage durchsetzen. Sie halten zivilen Ungehorsam für vertretbar. Noch mehr als das; es findet eine regelrechte Radikalisierung statt. Nicht wie in einer Demokratie üblich eine Lösung erarbeiten und die Mitmenschen abstimmen lassen.

Zahlreiche Sachbeschädigungen

Nein, sie denken, sie seien im Besitz der alleinigen Wahrheit und der Lösungen von Problemen. In Interviews betonen sie, dass sie für eine stärkere Demokratie seien. Aber nur sie haben Recht. Die meisten Medien haben sie auf ihrer Seite, die Polizei lässt sie gewähren. Sie verschmieren und beschädigen Plakate, Fenster und Gebäude. Dabei handeln sie oft widersprüchlich. Sie besetzen Plätze, blockieren und zerstören Privateigentum und lassen sich sogar riesige Transparente auf die Zuschauertribüne des Bundeshauses an den Sicherheitskontrollen vorbei schmuggeln.

Kein Anliegen sollte den Rechtsstaat aushebeln können. Alles nicht so schlimm, es ist ja für eine bessere Welt. Das sagten sich wohl auch die Promis, als sie im Sommer auf Sizilien, aus der ganzen Welt angereist mit 114 Privatjets, auf teuren Jachten und bei eiskaltem Champagner eine Klimakonferenz abhielten.

Hohes Abfallaufkommen

Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Textes sind sie an mehreren Orten in Deutschland aktiv. Die Berliner Stadtreinigung musste nach den Protesten 11,5 Kubikmeter Müll einsammeln. Es handelte sich vor allem um Sperrmüll wie Matratzen, Stühle und Müllsäcke mit Verpackungsabfällen, aber auch Bauschutt wie Zement und Badewannen. Das Abfallaufkommen sei aussergewöhnlich hoch.

Wahrscheinlich haben sie alles selbst getragen oder auf Leiterwagen zum Protestplatz gekarrt. Sonst würden sie ja beim Transport CO_2 ausstossen. Beim Wegräumen wird erneut CO_2 ausgestossen. Wollten sie gar den Sperrmüll günstig entsorgt haben?

Sie blockieren den Verkehr und ganze Innenstädte. Aber natürlich erst, wenn alle von ihnen vor Ort sind. Dafür sind die Transportmittel dann wieder gut genug. Nicht etwa für diejenigen, welche zur Arbeit fahren, Geld verdienen und Steuern bezahlen, damit sich die Aktivisten freinehmen können für Demos. Sie wollen ihr Essen und ihre Getränke dort einkaufen, wo sie demonstrieren oder wohnen. Aber bitte ohne CO_2-ausstossende Lastwagen angeliefert bekommen. Auch ihre Kleider, Schuhe, Transparente, Zigaretten und Handys wurden CO_2-frei produziert und ins Haus geliefert. Sie stören sich an den Bedingungen, mit welchen die Rohstoffe der Akkus für ihre Mobiltelefone oder Elektroautos gewonnen werden, benützen aber alles selbst. Ebenso wollen sie auch die fossilen Brennstoffe verbieten, aus welchen die Kleber und Transparente hergestellt sind, mit welchen sie fremdes Eigentum beschädigen. Kleber, welche bei der Produktion CO_2 ausstossen und zum Entfernen scharfe Reinigungsmittel benötigt werden, welche das Abwasser verunreinigen.

Absurde Auswüchse

Radikal sind sie in ihren Umweltforderungen. Für alles sollen sich die Menschen schämen. Die Auswüchse sind absurd.

Mittlerweile gibt es die Flugscham, Autoscham, Kreuzfahrtscham und Fleischscham. In Kantinen und an Mittagstischen in Schulhäuser gibt es fleischlose Tage. Nicht dass man ein vegetarisches Menü aussuchen könnte; nein, alle werden zu fleischlosen Menüs verknurrt. So tolerant sind diejenigen, welche von uns Toleranz verlangen.

Ihre Ideen sind so radikal, dass sie sogar empfehlen, auf Kinder zu verzichten. Die deutsche Gymnasiallehrerin Verena Brunschweiger hat dazu ein Buch verfasst. Da können wir einfach froh sein, wenn solche Aktivistinnen und Radikalisierte sich nicht vermehren. Nun sind sie an einem Punkt angelangt, wo sie mehr Unmut und Abneigung erreicht haben, anstatt mit vernünftigen Ideen und Lösungsansätzen zu punkten.

Mit sich und ihrer Ideologie sind sie nicht konsequent. Aber von ihren Mitmenschen verlangen sie jeglichen Verzicht.

Klimaschutz. Bild: pexels.com

AUS DEM KANTONSRAT

Teilrevision des Kantonalen Richtplans 2016 – Kompostplatz

Kompostieranlagen mit einer Gesamtkapazität von weniger als 5000 t/a können nach Art. 22 RPG in Verbindung Art. 34 RPV ausserhalb des Siedlungsgebietes bewilligt werden, wenn sich eine Anlage einem Landwirtschaftsbetrieb unterordnet und einen Beitrag zur CO_2-Reduktion mit Humusaufbau leistet.

Sandra Bossert
Kantonsrätin SVP
Wädenswil

So lautet der Antrag an den Zürcher Kantonsrat in der Debatte vom letzten Montag. Kompostieranlagen, welche kleiner als 5000 t sind, sollen nicht nur Bestandesschutz haben, sondern auch bei einer Verlegung bewilligungsfähig bleiben und somit in ihrem Entwicklungspotenzial nicht total blockiert sein. Der Rat stimmte dem Anliegen mehrheitlich zu, der grüne Baudirektor Martin Neukom muss nun über die Bücher. Das gemeinsame Erarbeiten der SVP mit Röbi Brunner (Grüne) und Martin Huber (FDP) hat sich in diesem Fall ausgezahlt.

Die Ausgangslage

Kompostieranlagen mit mehr als 5000 t müssen im regionalen Richtplan eingetragen werden und eine Umweltverträglichkeitsstudie einholen. Beim gestellten Antrag geht es um die bestehenden Anlagen unter 5000 t (im Kanton ZH betreffen dies 15 Anlagen).

Diese müssen zwingend eine Verbindung zur Landwirtschaft haben. Seit 2012 wurden im Kanton Zürich keine solchen «kleineren» Kompostieranlagen mehr bewilligt. Das wiederum begünstigt den Biomassetourismus in die Kantone Aargau und Thurgau.

Konkret ging es um einen Fall in Glattfelden, wo im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens für die Verlegung einer Platzkompostieranlage dem Gesuchsteller vom ARE mitgeteilt wurde, dass eine Bewilligung ausserhalb des Siedlungsgebietes nur für Anlagen > 5000 t infrage komme.

Gesunder Boden bindet CO_2

Dabei haben kleinere Kompostplätze mit einem Einzugsbiet von ca. 15 km eine wichtige Aufgabe für die regionale Entsorgung von Sträuchern, Hecken und allgemein erdigem Material. Für Landwirte, welche solche Anlagen mit viel Know-how und kapitalintensiv bewirtschaften, sind solch kleinere Anlagen auch ein willkommener Nebenerwerb. Kompostplatz und Landwirtschaft nutzen viele Synergien. So sind allfällige Emissionen am richtigen Ort. Kompostieranlagen gehören in die Landwirtschaft, weil der Landwirt selbst das grösste Interesse hat, an qualitativ hochwertigem und einwandfreiem Kompost, welchen er auf seinen eigenen und den Äckern und Feldern von seinen Berufskollegen als langsam wirkenden Dünger ausbringt. Geschreddert und durch wöchentliches Umschichten (dabei wird Sauerstoff zugeführt) erwärmt er sich auf 65 Grad Celsius. Mit diesem Vorgang wird das Material hygienisiert und damit Neophyten, Blacken und andere Problemunkräuter vernichtet. Kompost wie auch Mist ist beste Organik für den Boden, dadurch wird der Humusaufbau stark gefördert. Gesunder Boden kann mehr CO_2 binden, der Kreislauf schliesst sich. Lokal kompostieren ist gelebter Umweltschutz.

DEPONIEN

Deponie Tägernauerholz in Gossau

Die SVP stellte am letzten Montag im Rat folgenden Antrag: In der Gemeinde Gossau soll nur eine Deponie auf's Mal geführt werden und das Tägernauerholz darf nur angetastet werden, wenn die Kapazitäten der übrigen Schlackendeponien im Kanton ausgeschöpft sind.

Elisabeth Pflugshaupt
Kantonsrätin SVP
Gossau

Der Antrag ist entstanden in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden Gossau und Grüningen und deren Bevölkerung. Er verlangt keine Streichung des Richtplaneintrages, aber eine verpflichtende Ergänzung. Der Antrag hat zum Ziel, eine Lösung zu finden, die mehrheitsfähig und in der Praxis umsetzbar ist. Wir alle produzieren Abfall und dieser Abfall muss fachgerecht entsorgt werden. Wir alle wissen, dass darum Deponien notwendig sind und irgendwo sein müssen. Einfach zu sagen, bei uns nicht, die anderen sollen sie haben, das geht nicht. Im Kantonsrat haben alle Fraktionen ausser der SP dem Antrag zugestimmt. 10 ha Wald ohne ersichtliche Not zu opfern geht aus Sicht der Antragsteller auch nicht. Das Tägernauerholz ist aus Sicht des Kantons geeignet für eine Schlackendeponie, obwohl dieser Standort mitten in einem 80 ha grossen zusammenhängenden Wald liegt. Der Wald gehört dem Kanton. Gleichzeitig soll eine Inertstoffdeponie in der Lehrüti, ebenfalls in Gossau und nahe beim Tägernauerholz, in Betrieb genommen werden.

Die Bevölkerung setzt sich ein

Das hat die Menschen aufgerüttelt und die Behörden dazu gebracht, sich mit allen ihr möglichen Mitteln für eine tragbare Lösung einzusetzen. Der Transport von Abfall und Schlacke ist ein Problem. Für den Standort spricht auch die Nähe zur KEZO. Doch wird nicht nur der Abfall aus der Region verbrannt und die Schlacke aufbereitet, sondern aus dem ganzen Kantonsgebiet und weit über die Kantonsgrenze hinaus. Diese ausserkantonalen Zulieferer nehmen ihr Endprodukt wieder zurück, heisst es. Da ist der Transport und seine Kosten kein Thema.

Bedeutung des Waldes

Der Wald hat viele Aufgaben. Er liefert nachwachsenden Rohstoff und baut CO_2 ab. Bestehenden Wald aufzuwerten isteinfacher als Wald neu entstehen zu lassen.

WORTE DES PRÄSIDENTEN

Plötzlich wird's zum Thema

**Von
Patrick Walder**

Ist Ihnen auch schon aufgefallen, dass gewisse Themen in den Medien erst wieder dargestellt werden, nachdem die eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober vorüber sind? Plötzlich hören wir im Schweizer Radio ein Interview mit dem Chef des Uno-Entwicklungsprogramms. Originalton SRF: «Migration ist eine der grössten Herausforderungen der heutigen Zeit.» Die Uno habe 2000 illegale Migranten in Europa befragt, und alle hätten die Migration als «Investition in eine bessere Zukunft» bezeichnet. Der entsprechende Uno-Bericht sei ein Beitrag, «damit die Menschen sicher und geregelt auswandern können». Von echten Flüchtlingen ist keine Rede. Dafür sagte der Uno-Funktionär wörtlich: «Wenn sich in den afrikanischen Herkunftsländern bis 2030 oder 2050 nichts ändert, dann haben wir wirklich ein Problem. Dann werden Millionen von Menschen versuchen, diesen Kontinent zu verlassen». Ebenfalls erst nach den Wahlen vernehmen wir von neuen Eskapaden des mit Steuergeld gehätschelten Problem-Jugendlichen Carlos. Er hat 2018 einen Aufseher in der Strafanstalt Pöschwies angegriffen. Aufgrund seines Gewaltpotenzials muss er bei Spaziergängen im Gefängnishof von vier Mitgliedern einer polizeilichen Sondereinheit begleitet werden. Wegen Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Sachbeschädigung wird ein neues Strafverfahren gegen Carlos vorbereitet. Jetzt prüfe die Staatsanwaltschaft, ob dieser Schläger ordentlich verwahrt werden könne. Erst nach den Wahlen hören wir Neues vom 14-jährige Syrer Ali, der im Juni in Möriken-Wildegg seiner 64-jährigen Lehrerin den Kiefer gebrochen hat. Nach nur zwei Tagen Untersuchungshaft wurde er damals wieder auf freien Fuss gesetzt. Seine Wiedereinschulung in Lenzburg sei gescheitert. Im Sommer habe dieser Ali ein mehrwöchiges «therapeutisches Boxtraining» absolvieren dürfen. Wohlverstanden: Kurz nachdem er die Lehrerin spitalreif geschlagen hat. Auch erst kurz nach den Wahlen lieferten die «Handelszeitung» und «Blick online» die Schlagzeile: «Die Profiteure der grünen Wende – so verdienen Grüne und GLP am Klimaschutz». Jedes Mal, wenn sie im Bundeshaus bei Energie- und Klimafragen auf den grünen Knopf drücken, haben diese Abzocker mehr Geld im Sack. GLP-Präsident Jürg Grossen sei Inhaber einer Energieplanungsfirma. Auch der Zürcher Grüne Bastien Girod profitiere direkt von der Klimapolitik, denn seine Arbeitgeberfirma organisiere «globale Lösungen für die Finanzierung von Nachhaltigkeit von Klimaprojekten». Aufgezählt werden zahlreiche andere Volksvertreter des grünen und grünliberalen Spektrums, die direkt und unappetitlich in die eigene Tasche wirtschaften. Aber eben: alles erst nach den Wahlen. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Finanzpolitik im Kantonsrat auf Abwegen

Martin Hübscher
Kantonsrat SVP,
Fraktionspräsident
Bertschikon

Nun ist es also definitiv: Alle Parteien mit Ausnahme der SVP und der AL stimmten in der Schlussabstimmung dem geänderten Soziallastenausgleich im Finanzausgleichsgesetz zu.

Der Kantonsrat erhöht damit die Beiträge an die Gemeinden von 50 auf 70% nach dem Giesskannenprinzip – egal wie gut situiert die Gemeinden dastehen. Und dies notabene mit einer Vorlage, bei der die finanziellen Auswirkungen für den Kanton nicht beziffert werden. Auch auf Nachfragen konnte der für dieses Geschäft noch zuständige Kommissionspräsident (J.P. Pinto, CVP) keine Auskunft geben, was dieser Beschluss den Kanton zusätzlich kostet. Die Rede ist von jährlich 150 bis über 200 Mio Franken. Wiederkehrend 50 Mio mehr oder weniger sind einer Mehrheit im Kantonsrat offensichtlich egal. Das ist keine seriöse Kommissionsarbeit! Wäre eine solch unausgereifte Vorlage vom Regierungsrat in den Kantonsrat gekommen, hätte es bestimmt eine Rückweisung gegeben und genau das hätte dieses Geschäft auch verdient. Erstaunlicherweise hat das sogar die linke Alternative Liste AL dazu bewogen, das Geschäft abzulehnen, denn Vorlagen zu beschliessen ohne die Finanzierung zu kennen, beherrschen normalerweise Linke Parteien. Umso befremdlicher ist es, dass dieser Vorlage auch die bürgerlichen Parteien zugestimmt haben.

RATSSITZUNG

Soziallastenausgleich im Finanzausgleichsgesetz

Nach der 1. Lesung des «Soziallastenausgleichs im Finanzausgleichsgesetz» fand nun in der Ratssitzung vom letzten Montag die redaktionelle Bereinigung statt.

Erika Zahler
Kantonsrätin SVP
Boppelsen

Die SVP ist nicht per se gegen den Soziallastenausgleich. Es ist aber nicht im Sinne der SVP, erneut Hand zu bieten zu einem Giesskannenprinzip. Wieso Giesskannenprinzip? Hier werden **ca. Fr. 195 Millionen** jährlich vom Kanton in die Gemeinden fliessen. Das heisst, dass der Soziallastenausgleich auch an sogenannt «gutsituierte» Gemeinden ausgeschüttet wird, also an Gemeinden, die auf solche Gelder nicht angewiesen sind. Speziell ist auch, dass genau die grossen Städte schnell zu einem Kompromiss bereit waren.

Man darf sich da durchaus fragen, weshalb? Wer soll das bezahlen? Im konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2020–2023 (KEF) heisst das, dass wir mit einem solchen Ausgabenverhalten das Risiko auf uns nehmen, in ein riesiges Finanzloch hineinzuschlittern. Dagegen wehrt sich die SVP.

Tweet der Woche

Was ist passiert?

Der Arbeitgeberverband macht sich unglaubwürdig. Er kritisiert die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates, welche wie der Bundes- und Nationalrat einen 14-wöchigen Urlaub für die Betreuung schwer kranker Kinder und einen zusätzlichen bezahlten Kurzurlaub von zehn Tagen pro Jahr für die Betreuung anderer Familienmitglieder unterstützt.

Der Verband mahnt an, dass die finanzielle Belastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nicht weiter erhöht werden dürfe. Der Faktor Arbeit dürfe nicht weiter verteuert werden. Gleichzeitig stösst er die SVP vor den Kopf: Die Parteispitze hat den Verband angefragt, ob er bereit sei, zusammen mit der SVP Schweiz und dem SGV die Federführung beim Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen zu ergreifen. Die Arbeitgeber wollen beim Referendum jedoch nicht mitmachen und haben der SVP eine Absage erteilt. Diese Reaktion ist enttäuschend und demaskierend zugleich: In grossen Worten werden von der Verbandsspitze solcherlei Ausbauten des Sozialsystems kritisiert.

Taten dagegen folgen keine. Auf diese Weise verliert die bürgerliche Schweiz Schritt für Schritt an Terrain – und Verbände wie derjenige der Arbeitgeber verwirken ihren Daseinszweck.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG SVP KANTON ZÜRICH

SVP übernimmt Verantwortung

Am vergangenen Dienstag trafen sich die Delegierten der SVP des Kantons Zürich in Zumikon zur Delegiertenversammlung. Eine dichte Traktandenliste wartete auf die Anwesenden – im bis zum letzten Platz besetzten Gemeindesaal.

Kantonsrat Stefan Schmid über den Stand der Gerechtigkeitsinitiative.

svp. Nach dem musikalischen Einstieg und dem Singen der Schweizer Nationalhymne begrüsste der Zumiker SVP Gemeinderat André Hartmann die Delegierten. Dabei sprach er seine Freude darüber aus, die Delegierten bereits nach drei Jahren wieder in seiner Gemeinde begrüssen zu dürfen. Nach einer kurzen Standortbestimmung durch Parteipräsident Patrick Walder und einer damit verbundenen Vorschau auf das zweite Traktandum, beantragte Kantonsrat Hans-Peter Amrein, ein Traktandum einzuschieben, um dem nationalen Parteipräsidenten Albert Rösti sein Vertrauen auszusprechen. Die Delegierten sind Hans-Peter Amrein einstimmig gefolgt und haben Albert Rösti ihr Vertrauen ausgesprochen.

Weiterhin mit Abstand wählerstärkste Partei

Im Rückblick auf die nationalen Wahlen vom 20. Oktober bedankte sich Patrick Walder bei allen Kandidaten für ihren grossen Einsatz im Dienste der Partei.

Er konnte es auch nicht unbetont lassen, dass die SVP weiterhin mit Abstand die wählerstärkste Partei im Kanton Zürich ist. Rund jeder vierte Wähler hat der SVP sein Vertrauen geschenkt und so konnte die SVP gegenüber den Kantonsratswahlen im Frühling wieder an Boden gutmachen.

Die nackten Zahlen, welche Parteisekretär Martin Suter im Anschluss den Delegierten präsentierte, zeigten deutlich auf: die SVP ist nicht alleinige Verliererin, alle Parteien ausser die beiden Grünen mussten Federn lassen. Die starken Verluste dürfen aber auf keinen Fall wegdiskutiert werden. Die Zahlen zeigen klar, dass die Städte und Agglomerationen für die SVP eine Problemzone darstellen, welche man in den nächsten Monaten und Jahren dringend angehen muss. Die Städte und die wachsenden Grossagglomerationen sind von enormer Bedeutung, weil weiterhin die meisten Wähler aus diesen Regionen kommen.

Gemeinderätin Susanne Brunner informiert über das bevorstehende Referendum zum Vaterschaftsurlaub.

Verzicht auf 2. Wahlgang

Pateipräsident Patrick Walder erläutert den Anwesenden den Entscheid des Vorstandes. In Anbetracht der aktuellen politischen Situation mit der Hochkonjunktur der Grünen erachtet es die Parteileitung nicht als sinnvoll, dass sich das Bürgerliche Lager konkurrenziert und somit die Wahl der Grünen Marionna Schlatter riskiert. Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel schliesst sich seinem Vorredner an. Er betont, dass es nun wichtig sei, Ruedi Noser zu unterstützen, um die Grüne zu verhindern. Es gelte jedoch, neben den Wahlurnen Duschen zu installieren, denn egal wie man wählen werde, mache man sich dreckig. Im Sinne der Sache müsse dies aber so sein. Im Anschluss gab es zuhauf Voten aus den Reihen der Delegierten. Über: man könne den Wählern nicht erklären, wieso man Noser nun doch wählen sollte; es könne nicht sein, dass wir unseren eigenen Henker selber wählen, bis hin zu, dass es nun zwingend notwendig sei, das grössere Übel zu verhindern; dass es nun wichtig sei, im Sinne der Sache zu entscheiden und persönliche Empfindlichkeiten in den Hintergrund zu stellen. Im Anschluss an die Diskussion sind die Delegierten dem Antrag der Parteileitung, im zweiten Wahlgang nicht mehr anzutreten und trotz aller Differenzen den Kandidaten der FDP zu unterstützen, mit 222 zu 31 Stimmen gefolgt.

Ja zum Rosengartentunnel

Obwohl es sich um ein Strassenprojekt handelt, war der Rosengartentunnel nicht ganz unumstritten. Rosmarie Joss, Kantonsrätin SP, stellte ganz klar das Kosten-Nutzen-Verhältnis infrage. Der Unmut über das unpassende Verhältnis zeigte sich in der anschliessenden Diskussion auch bei einigen Delegierten. SVP-Kantonsrat Christian Lucek zeigte die Bedeutung und Notwendigkeit des Tunnels für die anliegenden Kreise auf und wie die Staustunden für sämtliche Nutzer verringert werden können. Ohne Tunnel würden die Staustunden über kurz oder lang stark ansteigen. Ein staufreier Verkehrsfluss ist für die Gewerbler wie auch für die Privatpersonen von grosser Bedeutung. Die Delegierten sind mit 152 zu 70 der Empfehlung von Lucek deutlich nachgekommen und haben die Ja-Parole beschlossen.

Nein zum Taxigesetz

Die Delegierten hatten mit dem Taxigesetz über eine weitere kantonale Vorlage zu beraten. Alt Kantonsrat Hans Heinrich Raths, SVP, hat den Anwesenden aufgezeigt, dass dieses Gesetz gleich lange Spiesse für Taxis sowie Limousinendienste schaffen wird. Die Delegierten haben nach einer langen Diskussion mit 124 zu 94 Stimmen jedoch entschieden, der Empfehlung von Camille Lothe, Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich, nachzukommen und die Vorlage abzulehnen. Damit setzen die Delegierten ein Zeichen gegen neue Regulierungen und bürokratische Abläufe, was immer wieder ein Wahlversprechen der SVP war. Anschliessend hat Susanne Brunner die dringliche Anfrage bei der SVP Schweiz zur Ergreifung des Referendums gegen den Vaterschaftsurlaub erläutert und Stefan Schmid, Präsident Initiativkomitee Gerechtigkeitsinitiative, die Delegierten über den aktuellen Stand der Unterschriftensammlung informiert. Es fehlen nur noch 1000 Unterschriften. Parteimitglieder und Sympathisanten sind aufgefordert, die Unterschriftenbogen umgehend zu retournieren, auch wenn diese noch nicht ganz voll ausgefüllt sind.

Ein voll besetzter Saal an der Kantonalen Delegiertenversammlung in Zumikon.

Roger Köppel tritt nicht mehr an im 2. Ständeratswahlgang.

Findungskommission

Weil Patrick Walder als Präsident der Zürcher SVP nur interimistisch bis Ende Jahr gewählt wurde, musste eine Findungskommission einberufen werden, um einen Nachfolger zu finden. Weil die Zeit schon weit fortgeschritten war, hielt sich dessen Präsident, Alfred Heer, sehr kurz mit der Orientierung der Anwesenden über diese Kommission und deren Vorgehensweise. Mitglieder, die sich für das Amt des Parteipräsidenten interessieren oder auf andere Art Verantwortung in den Parteigremien übernehmen möchten, sollen sich beim Sekretariat melden.

Im Anschluss hat Patrick Walder um ca. 23.30 Uhr die Delegierten nach einer langen DV nach Hause entlassen mit dem Hinweis, dass die nächste Delegiertenversammlung am 7. Januar 2020 in Pfäffikon stattfinden wird, dann mit dem Haupttraktandum «Wahl eines Parteipräsidenten oder einer Parteipräsidentin».

SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss im Duell mit SVP-Kantonsrat Christian Lucek zum Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich.

Camille Lothe, JSVP, und a. Kantonsrat Hans-Heinrich Raths duellieren sich um das Taxigesetz.

Nationalrat Alfred Heer erklärt den Ablauf in der Findungskommission.

Parteisekretär Martin Suter erläutert die statistischen Zahlen zu den National- und Ständeratswahlen.

Parteipräsident Patrick Walder verabschiedet die Delegierten zu später Stunde.

GEDANKEN ZUM REFORMATIONSJUBILÄUM AM REFORMATIONSSONNTAG

Vom Blasen ins Tutehorn Gottes

Der erste Sonntag im November ist in den reformatorischen Kirchen dem Andenken an die grosse Zeitenwende der Kirche im ausgehenden Mittelalter gewidmet, die wir kurz als «Reformation» bezeichnen.

Als ich an einem Reformationssonntag Anfang der Sechzigerjahre auf die Welt kam, weilte mein Vater als Feldprediger im Militär, wo es, wie seine Kollegen spotteten, ihm aber vor allem darum ging, den Haarschnitt seiner Soldaten zu kontrollieren.

Derweil war meine Mutter im kleinen Kreisspital von ihrer Mutter betreut, die sich tiefschürfende Gedanken über ihren ersten Enkel machte, der ausgerechnet am Morgen des Reformationssonntages auf die Welt kam. Für die wegen der Liebe aus dem reformierten Zürcher Unterland in einen katholischen Bergkanton ausgewanderte treue Kirchgängerin konnte dies kein Zufall sein. Dieses Datum musste eine Bedeutung haben. Aus mir, so verkündete sie stolz, würde ein grosser Reformator werden.

Mein Vater griff diese Prophezeiung auf, indem er mich, mit Verweis auf meine Grossmutter, an jedem Geburtstag mit den Geschichten um Tobias Jobs von Wilhelm Busch aufzog. Dort sieht die werdende Mutter in der Nacht vor der Geburt in einem Traum, dass sie ein «Tutehorn» gebären würde. Man versucht den Jungen Jobs nun zum Pfarrer auszubilden, einem Tutehorn Gottes, denn nur das kann der Traum bedeuten.

Leider aber kann der Student der Theologie, zu dem sich der Held mausert, an der Prüfung zwar alle Trinkbräuche der heimischen Wirtschaften aufzählen, bleibt aber theologisch aussen vor. Aus der Karriere des grossen Predigers wird nichts.

Schliesslich endet Jobs als Nachtwächter, der ein «Tutehorn» zur Stundenansage bläst, und die Prophezeiung des Traumes hat sich erfüllt: Der gescheiterte Prediger bläst warme Luft durch ein Rohr in die kalte Nachtluft hinaus. Der grosse Aufbruch hat sich in Luft aufgelöst.

Was mich betrifft, habe ich an den theologischen Examen ein wenig mehr als die Trinkbräuche der Bars aus dem Zürcher Niederdorf aufzählen können und auch eine zeitlang auf den Kanzeln als zugelassenes Tutehorn Gottes geamtet. Aber die grosse Reformation blieb aus. Von mir und von anderen. Im Gegenteil. Der erste Sonntag im November ist in den reformatorischen Kirchen dem Andenken an die grosse Zeitenwende der Kirche im ausgehenden Mittelalter gewidmet, die wir kurz als «Reformation» bezeichnen.

Abendländisches Denken

Wenn die Leistung Luthers und Zwinglis aus heutiger Sicht in ihrem Potenzial für die Freiheit des Individuums und damit für die intellektuelle Entwicklung des abendländischen Denkens noch immer nicht überschätzt werden kann, sind die meisten ihrer zeitgenössischen bestallten Traditionshüter heute leider nicht viel mehr als Tutehornbläser einer linken Nachtwächtermoral und damit die Totengräber dieser grossen Tradition. Auf den Kanzeln der Reformation wird allenthalben die warme Luft gesellschaftskritischer, ökoharmonistischer oder feministischer Moral als Evangeliumsersatz geblasen: Der grosse Aufbruch ist im Begriff, sich nach genau 500 Jahren in Luft aufzulösen.

Wenn ich das Jubiläumsrauschen der Zürcher Kirche zum Noch-nicht-fünfhundert-Jahr-Jubiläum verfolge, fühle ich mich ständig an den Tutehorntraum der Mutter des Tobias Jobs erinnert. Es beginnt damit, dass sich die Zürcher mit den Fremdfedern des grossen Jubiläums Luthers schmückten, um ihre um Jahre später beginnende Jubelzeit nicht zu verpassen. Was nun vor allem dazu führt, dass in diesem unnatürlich verlängerten Dauerjubel krampfhaft Ideen gesucht werden müssen.

Ein Tutehorn jagt das andere, ein unnatürlich eingefärbter Kunststoffzwingli nach dem anderen muss auftreten, auf der Bahnhoftoilette, auf dem Paradeplatz, im Parkhaus, in der Sihl, auf dem Üetliberg, im Autobahntunnel… wo immer ein jubeltrunkenes Reformationskomitee seine steuerfinanzierte mediokre PR einem verehrten publico vorzutragen bemüht ist. Dem Kirchensteuerzahler und dem chinesischen Touristen. Da sind mir die Kunststoffgipfeli bei unserem Dorfbeck allemal lieber. Und nicht steuerfinanziert. Tragisch nur, dass der jubelnde Zürcher Kirchenrat zeitgleich mit den Jubelfeiern der eigenen Reformation die Pflicht hat, die feiernde Zürcher Reformationskirche – abzuwickeln. Und das nicht eben zimperlich: unter dem jubilierenden Euphemismus «Vision Kirche 21» werden, um die katastrophale finanzielle Situation der Kirche aufzufangen, Kirchgemeinden zusammengeschlossen, Dienstleistungen abgeschafft, Stellenprozente abgebaut, Löhne des Spitzenpersonals gekürzt. Dafür werden immer mehr Apparatschiks in die Verwaltung geschickt; denn Papier ist leichter handhabbar als Menschen.

Abgewickelte Zürcher Kirche

Man scheint es in der abgewickelten Zürcher Kirche mit den sicheren Werten der Weltkinder zu halten, die man nun nicht mehr betreuten kann, weil sie davonlaufen: IT statt Seelsorge, Spektakelt statt Theologie, Wellness statt Substanz.

Und manche noch nicht abgewickelte Theologin hält ihren genderfeministischen Neomarxismus auf der Kanzel für die neue Reformation und sinniert multikulti-selig über das Paradies der Religionen. Aber violett-rosa Kinderluftballone vor Zwingli sind, abgesehen von der schlechten CO_2-Bilanz, ungeeignet, andere als die Teilnehmer solcher Aktionen selbst davon zu überzeugen, dass Kirche mehr sei als aufgestaute Luft. Es reicht nicht einmal mehr, die Münsterglocken läuten zu lassen, wenn die Schweizer Mannschaft im Fussball gewinnt. Von der Kirche erwarten die Menschen eigentlich nicht mehr viel. Und die Kirchgemeinden stossen sie ab, denn sie kosten. Nicht einmal mehr zum Tutehorn Gottes will es reichen. Dabei ist der unaufhaltsame Verfall der Zürcher Staatskirche eine kulturelle und eine geistliche Katastrophe. Kulturell, weil das Rückgrat unserer Kultur die Botschaft von der christlichen Auferstehungshoffnung ist, die es erst ermöglicht hat, mit einem vorher unbekannten Optimismus in die Welt zu gehen, sie zu erforschen, zu vermessen, zu bebauen, die die Menschen zur demokratischen Leistung in freiheitlicher Gesellschaft gestärkt hat.

Marxistische Heilsromantiker

Die notorischen Hinweise auf «Kolonialismus» und «Kreuzzüge» usw. sind die stets wiederholten, bösartig überbewerteten Propagandaobsessionen marxistischer Heilsromantiker, die der Leistung der christlichen Kultur in nichts Abbruch tun. Geistlich aber ist der Zerfall der Zürcher Kirche eine Katastrophe, weil eine Gesellschaft immer eine Religion besitzt – eine eigene oder eine fremde. Wenn die eigene hohl ist, dürfen wir uns nicht wundern, dass die Gesellschaft in Sekten auseinanderfällt, die nicht mehr miteinander reden können. Wo der christliche Rahmen zerbricht, wo das ewige Wort des versöhnenden Gottmenschen von den theologischen Fachpersonen sträflich vernachlässigt wird, sind Tor und Tür geöffnet für «Reformationen» der harten Art: dann bricht sich der zynische Antihumanismus linker Ideologen oder islamischer Knechtschaft Bahn. Wie aber sieht ein Dialog aus auf Augenhöhe mit einer Religion, die sich selbst «Unterwerfung» nennt? Fragen sie ihren Multikultipfarrer oder ihren Apotheker… Die reformatorischen Kirchen würden dringender denn je gebraucht, um die gesellschaftlichen Zentrifugalkräfte zu binden! Ist denn keiner in Sicht, der, wie Zwingli, heute mutig ins Tutehorn Gottes stösst und der dabei mehr als warme Luft produziert?

Karl Schlatter,
evangelisch-reformierter Pfarrer

VERABSCHIEDUNG

Danke Severin!

svp. Severin Staubli, Mitglied Junge SVP Oberland-See, hat während der vergangenen drei Monate im Kantonalen Parteisekretariat als Praktikant gearbeitet.

In dieser Zeit hat er auch seinen eigenen Wahlkampf als Nationalratskandidat auf der Liste der Jungen SVP geführt und trotz dieser starken Belastung im Sekretariat einen tollen Einsatz geleistet. Das Sekretariat dankt Severin herzlich für die geleistete Arbeit. Severin hat sich sehr aktiv in die Telefonaktion rund um die Nationalratswahlen eingebracht und mit seinem Excel-Wissen mancher Statistik zu Glanz verholfen. Severin war durch nichts aus der Ruhe zu bringen, sein scharfsinniger Witz ist einmalig!

NICHT NUR REDEN – AUCH HANDELN

Baumpflanztag

Ganz nach dem Motto «Besser am Samstag Bäume pflanzen als am Freitag zu streiken», machten sich kürzlich sechs Vorstandsmitglieder und Freunde der SVP Zumikon auf den Weg zum ersten Baumpflanztag (www.baumpflanztag.ch). Organisiert wurde dieser Tag vom Verein ACNS, welcher sich zum Ziel gesetzt hat, mittels Aufforstung den CO_2-Haushalt ohne Verbote und Besteuerungen signifikant und nachhaltig zu verbessern.

Zur Gruppe in Zumikon gesellten sich weitere 10 Personen, um bei regnerischer aber zum Glück nicht kalter, Witterung das Vorhaben in Angriff zu nehmen. Nach einer kurzen Begrüssung, Vorstellung und Instruktion durch einen fachkundigen Förster ging es an die Arbeit. In einem Waldabschnitt, welcher noch die Überreste der Verwüstung von Sturm Lothar zeigte, wurden nach Anleitung des Försters Löcher gegraben, um 3 verschiedene Sorten von Jungbäumen zu pflanzen. Was nach unendlich viel Arbeit aussah, war dank der vielen helfenden Hände schnell erledigt: Nach zwei Stunden waren sämtliche 225 Bäume eingepflanzt, welche der Verein zur Verfügung gestellt hatte. Ein Spaziergang durch den Wald führte zu einer Grillstelle, wo bereits die Würste brutzelten und uns der Förster über die wichtigen Funktionen aufklärte, die ein Wald heute erfüllen muss. Wer dem Beispiel «lieber aktiv etwas tun» folgen möchte, kann sich dem Verein ACNS anschliessen oder sich einfach für weitere Baumpflanztage einschreiben. Denn teilnehmen können alle – Firmen, Schulen, Privatpersonen. Private und öffentliche Waldstücke, welche aufgeforstet werden können, gibt es genügend. Auch Waldbesitzer können sich beim Verein melden, um Flächen für Aufforstung zur Verfügung zu stellen.

Gérard Olivary,
Präsident SVP Zumikon

Das Baumpflanzteam hat hart gearbeitet.

Arbeiten im Wald gibt es genügend.

Fadegrad

von
Stefan Urech

Strömungen

«Jede rächt Zürcher haut's emal sini Limmat durab», meinte einmal Bruno Gubser, der Gründer des Zürcher Limmatschwimmens. Seinem Aufruf zur Teilnahme am ersten Anlass dieser Art im Jahre 1985 folgten ein paar hundert Menschen. Inzwischen hat sich das Limmatschwimmen zu einem regelrechten Volksfest entwickelt. Jährlich nutzen rund 4500 Teilnehmer die Möglichkeit, das zu tun, was sonst verboten ist, nämlich in der Zürcher Innenstadt die Limmat runterzuschwimmen. Auf den ersten Blick wirkt dieses Schwimmverbot etwas stur und ist nicht auf Anhieb nachvollziehbar. 2012 trat deshalb die Grüne Partei mit der Forderung an den Stadtrat, das Schwimmen im Limmatabschnitt zwischen dem See und dem Landesmuseum zu erlauben, was dieser aus Sicherheitsgründen ablehnte. Vor zwei Monaten reichte die Grünliberale Partei im Gemeinderat einen neuen Vorstoss mit der gleichen Stossrichtung ein. Der Stadtrat lehnte wieder ab und verwies in seiner damaligen und heutigen Begründung auf die kommunale Polizeiverordnung und auf die nationale Binnenschifffahrtsverordnung. Diese teils übergeordneten Gesetztestexte machten den Wunsch nach einer deregulierten Limmat zur Utopie. Wegen der sporadisch auftretenden gefährlichen Strömungen in diesem Flussabschnitt und wegen der Limmatschifffahrt, einem attraktiven Angebot für den Zürcher Tourismus, könne für die Sicherheit der Schwimmer nicht gesorgt werden. Der Stadtrat bewillige aber weiterhin Ausnahmen für Veranstaltungen wie das Limmatschwimmen. An diesem Anlass werden jeweils unzählige freiwillige Helfer aufgeboten, die auf Booten die Sicherheit der Schwimmer gewährleisten.

Während der Vorstoss der Grünen von 2012 noch von einer grossen Mehrheit des Gemeinderats abgelehnt wurde, stimmte vor einem Monat eine noch sattere Mehrheit dem grünliberalen «Copy-Paste» Vorstoss zu. Ausschlaggebend dafür waren die Meinungswechsel der FDP und der SP. Die FDP liess 2012 über ihren Sprecher im Rat verlauten, dass der ablehnenden Begründung des Stadtrats «nichts anzufügen» und das Anliegen sowieso «rechtlich nicht möglich» sei. Inzwischen stimmte die FDP dem Vorhaben zu. Auch die SP machte eine Kehrtwende: 2012 schimpfte deren Sprecherin noch, dass die Grünen die «klar definierten» Vorschriften untergraben wollten und mit der Aufhebung des Schwimmverbots ein «Anreiz» zur Gesetzesübertretung geschaffen würde. Sieben Jahre später wertete die SP den gleichen Vorstoss als ein «sehr berechtigtes Interesse». Sie sei sich sicher, dass der Stadtrat in der Lage sei, «eine kreative Lösung zu finden», wie man dem Anliegen gerecht werden könne. Die unterschiedliche Reaktion auf die gleichen Vorstösse zeigt, dass nicht nur die Sicherheit der Limmatschwimmer, sondern auch die Meinungsbildung in den Parteien von Strömungen abhängt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Einmarsch der Türkei in Syrien – Ein Problem der Stadt Zürich?

Die Ratslinke wollte mit einer Resolution den türkischen Einmarsch in Syrien verurteilen. Über die Vorgänge, die zur Offensive der Türkei führten, kann man sicherlich geteilter Meinung sein und durchaus auch eine kritische Sichtweise vertreten. Aber ist es Aufgabe der Stadt Zürich, hier Stellung zu beziehen?

Dubravko Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich Kreis 01/02

Ist eine solche Resolution durch eine Stadt überhaupt verfassungskonform? Und wie ist eine solche Resolution mit dem Neutralitätsprinzip vereinbar?

Die SVP hat hier einen ganz klaren Standpunkt, wozu sich Gemeinderat und Fraktionspräsident Roger Bartholdi äusserten: Es ist nicht am Gemeinderat der Stadt Zürich, Aussenpolitik zu betreiben. Dies ist eindeutig Aufgabe des Bundes. Aus diesem Grund unterstützte die SVP einen Antrag der FDP, das Traktandum abzusetzen und gar nicht erst über die Resolution abzustimmen.

Die Ratslinke war nicht bereit, auf diese Resolution zu verzichten, und konnte mit ihrer komfortablen Mehrheit den haarsträubenden Vorstoss zur Abstimmung bringen. Es kommt regelmässig vor, dass die Ratslinke politische Resolutionen verabschiedet, die nicht in die kommunale Kompetenz fallen. Gemeinderat Samuel Balsiger entlarvte die Linken, indem er feststellte, dass in diesen Resolutionen immer die progressiven Linken die Guten und die Konservativen die Bösen sind. Ein linkes Terrorregime, wie zum Beispiel in Venezuela, wird natürlich nie verurteilt.

Die SVP-Fraktion entschied sich gemeinsam mit der FDP- und GLP-Fraktion zu einer Protestaktion und nahm an der Abstimmung nicht teil. Es sollte damit ein klares Zeichen gesetzt werden gegen den linken Übermut.

Fraktionserklärung zum Kulturwahnsinn

Nachdem sich der Gemeinderat entgegen seiner Aufgabe ausführlich mit Aussenpolitik beschäftigt hatte, wandte er sich wieder seinen Aufgaben zu und befand unter anderem über das Kulturleitbild.

Die SVP verfasste eine Fraktionserklärung zu diesem Thema. Die SVP ist nicht grundsätzlich gegen Ausgaben im Kulturbereich.

Die Förderung etablierter und breit abgestützter Institutionen befürwortet auch die SVP. So hat die Fraktion erst kürzlich Beiträgen für das Trammuseum zugestimmt. Es ist aber störend, wie die Kosten in diesem Bereich explodieren. Auch ist es offenkundig, dass sich vor allem die linke Klientel am üppig gefüllten Kulturtopf der Stadt Zürich bedient.

MEDIENMITTEILUNG

SVP Winterthur wird neu von Maria Wegelin und Daniel Oswald geführt

An der ausserordentlichen Generalversammlung vom 30. Oktober hat die SVP der Stadt Winterthur mit Maria Wegelin und Daniel Oswald ein neues Präsidium gewählt. Dies wurde erforderlich, weil Simon Büchi aus beruflichen Gründen als Präsident zurückgetreten ist.

Franco Albanese gratuliert dem neuen Co-Präsidium Maria Wegelin und Daniel Oswald.

svp-winterthur. Simon Büchi hat während seiner Amtszeit seit 2014 neben vielen thematischen Impulsen auch unser lokales Informationsmedium «svpdirekt» auf neue Beine gestellt. Vizepräsident Franco Albanese verdankte im Namen der Partei die Arbeit von Simon Büchi. Wir freuen uns sehr, dass Simon Büchi weiterhin als Gemeinderat am politischen Geschehen aktiv teilnimmt.

Wie vom Vorstand vorgeschlagen, wählte die SVP Winterthur erstmals in der Geschichte ein Co-Präsidium:

- Maria Wegelin, Dr. med. vet., Mutter von zwei Söhnen
- Daniel Oswald, Dipl.-Ing. FH, Gemeinderat

Vorstand und Mitglieder sind überzeugt, dass wir mit Maria Wegelin und Daniel Oswald als neues Co-Präsidium zwei tatkräftige und fähige Personen in der Führung haben und mit dem Co-Präsidium einen zukunftsträchtigen Weg eingeschlagen haben. Die Führung der Partei kann nun auf zwei Präsidiumsmitglieder abgestützt werden, welche zudem vom Vizepräsidenten und dem Vorstand tatkräftig unterstützt werden.

Das Co-Präsidium ermöglicht es uns auch, Personen innerhalb unserer Partei aufzubauen, den Know-how-Transfer sicherzustellen und gemeinsame Netzwerke besser zu nutzen.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 17. November 2019

Vorlagen Stadt Zürich

1. Initiative «Ein Prozent gegen die globale Armut», 1%-Initiative. Gegenvorschlag des Gemeinderates.	NEIN
2. Liegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Instandstellung und Umbau für das Sozialzentrum Höggerstrasse, Objektkredit von 59,8 Mio. Franken. Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.	NEIN
3. Neubau Schulanlage im Gebiet Manegg, Quartier Wollishofen, Objektkredit von 57,318875 Mio. Franken.	JA
4. Vereinbarung zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich über Errichtung und Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR).	NEIN

SVP ÜBERNIMMT DEN LEAD

Erneuerungswahlen Bezirksgericht Andelfingen

Am Bezirksgericht Andelfingen kommt es zu einem grösseren Sesselrücken. Die SVP wird das Präsidium und eine Richterstelle übernehmen.

RoMü. Am Bezirksgericht Andelfingen teilen sich die fünf Mitglieder 180 Stellenprozente. Der Präsident ist im Vollamt tätig, die vier weiteren Richter teilen sich die 80%. Jetzt steht für die neue sechsjährige Amtsdauer ab Mitte 2020 ein grosses Sesselrücken an. Der parteilose, aber von der SP stets unterstützte, Präsident Lorenz Schreiber sowie die beiden Laienrichterinnen Margrit Gut-Zuber (SVP, Buch a.I.) und Angela Schmid (CVP, Berg a.I.) treten nicht wieder an. Gut gehörte bereits seit 24 Jahren und Schmid seit 16 Jahren dem Bezirksgericht Andelfingen an. 2002 wählten die Weinländer Stimmbürger den dazumal wild und parteilos kandidierenden Juristen Lorenz Schreiber in einer Kampfwahl gegen den damaligen offiziellen SVP-Kandidaten als Präsidenten. Die SVP Bezirk Andelfingen hat diese neue Ausgangslage schon frühzeitig erkannt und die entsprechende Zeitspanne genutzt, um eine ideale Neubesetzung der Ämter mit eigenen Kandidaten zu ermöglichen. Dies zahlte sich nun aus, indem die Bezirksparteienkonferenz aller Parteien sich für die vorgeschlagene starke SVP-Vertretung ausgesprochen hat. Somit fallen der SVP zwei Drittel aller Stellenprozente zu.

Der in Berg a.I. wohnhafte Jurist und SVP-Richter Thomas Keller ist der designierte neue Weinländer Bezirksgerichtspräsident.

Die Kandidaten

Entsprechend soll für die SVP Thomas Keller (Berg a.I.), welcher 2017 als erster Jurist im Nebenamt ins Gerichtkollegium gewählt wurde, den Lead übernehmen. Er zeigte sich entsprechend bereit, die bisherige berufliche Tätigkeit als Rechtsanwalt aufzugeben und im Vollamt die Nachfolge von Lorenz Schreiber anzutreten. Die SVP nominierte neu die Juristin Evelyne Steiner-Nägeli, Pfungen. Ebenfalls hat sich der letzte seit 2014 im Amt tätige Laienrichter Andreas Knöpfli (FDP, Uhwiesen) für eine Wiederwahl entschieden. Die SP haz die Rechtsanwältin Cornelia Ott Douar und die Rechtsanwältin Tanja Petrik-Haltiner (beide aus Winterthur) vorgeschlagen.

Die Weinländer SVP kann nach den Erneuerungswahlen eine sehr starke Besetzung im Bezirksgericht Andelfingen stellen.

Schwierige Richtersuche

Es zeigt sich aber nun, dass es für alle Parteien im eher kleinen mit rund 31 500 Einwohnern zählenden Bezirk Andelfingen durchaus schwierig ist, ausgebildete Juristen und Juristinnen für ein Teilzeitrichteramt zu finden. Entsprechend haben alle drei neu vorgeschlagenen Frauen ihren Wohnsitz ausserhalb des Bezirks. Dieser durchaus gewichtige Schönheitsfehler ist auf einen aus heutiger Sicht durchaus fatalen kantonalen Volksentscheid zurückzuführen. Im Juni 2016 hat das Zürcher Stimmvolk mit knapp 66% Ja-Anteil dem neuen Gesetz betreffend Wählbarkeitsvoraussetzungen beschlossen, dass für die Bezirksgerichte keine Laienrichter mehr zuzulassen sein werden, um die juristische Arbeit auf der ersten Gerichtsstufe professioneller zu machen. Einzig der Bezirk Andelfingen lehnte mit über 52% diese Professionalisierung ab. Dabei wurde allen bisherigen Laienrichtern zugesichert, dass sie weiterhin im Amt bleiben dürfen. Dies führte dazu, dass der SVP-Laienrichter Paul Marthaler dieses Votum auch als Misstrauensvotum gegenüber den Laienrichtern sah und zurücktrat. Als einzige Partei kämpfte die kantonale SVP gegen die Vorlage an und gehörte zu den Verlierern. Doch nun hat die Vergangenheit die damaligen Sieger eingeholt. Flammende Befürworter wie die SP oder auch die Grünen sind jetzt die Opfer ihres vermeintlichen Erfolgs geworden, indem sich diese juristische Vorgabe als sehr hohe Hürde erweist, sich aber trotz Professionalisierung der Rechtsprechung die Qualität der Urteile kaum oder gar nicht verbessert hat.

Ihr Immobilientraum?

4 ½ u. 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 Oetwil a.d. Limmat, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

1.5 Zi., 3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete ab 1'400.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 Neftenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'560'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.chlimbergsteig.ch

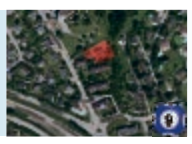
4 ½ und 5 ½ Eigentumswohnungen
8332 Rumlikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 881'000.-, Bezug ab Sommer 2021
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Doppel-Einfamilienhäuser
8332 Rumlikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 1'291'000.-, Bezug ab Sommer 2021
www.grueens-doerfli.ch

6 ½ und 7 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 Ottenbach, Chiara Moser Tel. 044 316 13 47
Preis ab 1'261'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.nidolino-ottenbach.ch

3 ½ Zi. Eigentumswohnung
8302 Kloten, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis 936'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.panoramaweg-kloten.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 Weisslingen, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'111'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.paradislig.ch


3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen, 5 ½ u. 6 ½ Zi. DEFH und REFH
8127 Aesch-Maur, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

7 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 Dorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.calmacasa.ch

3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 Wermatswil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'116'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.leuberg.ch

5 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 Birchwil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'059'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.mira-birchwil.ch
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft!

6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 Buch am Irchel, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 905'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch

5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8118 Pfaffhausen, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'181'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.luckenholz.ch

4 ½ Zi. Eck-Einfamilienhaus
8118 Pfaffhausen, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'491'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.luckenholz.ch

3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 Dietikon, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 771'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.duo-dietikon.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

4 ½ und 5 ½ Terrassenwohnungen
8103 Unterengstringen, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'841'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.sparrenberg.ch

3 ½ - 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 501'000.-, Bezug ab Herbst 2020
www.ammuelibach.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können?

Melden Sie sich bei unserem Chef
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilientraum/

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.
YouTube
Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:
SVIT Immobilien-Messe in Zürich
27. - 29. März 2020, Lake Side Zürich
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
3. - 6. Sept. 2020, Messe Zürich, Halle 5

Stand Oktober 2019

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
Telefon 044 822 26 11

INFORMATION

SVP-Tagung für Sozialbehörden

svp. Die Arbeit für private Beiständinnen und Beistände und Mitglieder von Sozialbehörden wird immer wichtiger. Gleichzeitig kämpfen Gemeinde- und Stadträte sowie die Parlamentsmitglieder der SVP darum, dass die Sozialhilfe als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wird. Kantonrat Hans-Peter Amrein, Beauftragter der Kantonalpartei für Behördentagungen, hat rund um das Thema «Private Beistandschaften» ein interessantes Programm zusammengestellt. Frau Rahel Widmer, Leiterin Beratungsstelle Private Beiständinnen und Beistände, Stadt Zürich, referiert zum Thema «Private als Beistand – gewusst wie» und Herr Kurt Spillmann, ehemaliger Sozialvorstand Stadt Dübendorf, gibt sein Wissen weiter über die Erfahrungen mit privaten Beistandschaften. Die Veranstaltung findet statt am **Dienstag, 19. November, um 18.30 Uhr, in der Stiftung zum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich**. Sie ist für alle SVP-Mitglieder offen.

Bitte melden Sie sich an beim Sekretariat SVP Kanton Zürich: sekretariat@svp-zuerich.ch Fax. 044 217 77 65

Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und «Zürcher Bauern»

SVP - Stammtisch
SVP Züri 12

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Stamm. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

Dienstag, 5. November 2019, ab 19.30 Uhr mit

Claudio Zanetti
Alt-Nationalrat SVP ZH

Thema:
Notstand: Klima, Nationalstaat, Demokratie

Ort:
Restaurant Hirschen Schwamendingen
1.Stock

Programm:
19:00 Treffpunkt Restaurant Hirschen
19:30 Begrüssung
19:35 Vortrag Claudio Zanetti
20:20 Offene Diskussionsrunde

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 12 finden Sie unter: **www.svp-schwamedingen.ch**
SVP Zürich 12, 8051 Zürich

Vortrag Professor Joseph Jung

„200. Geburtstag Alfred Escher 1819 - 1882, Unternehmer und Staatsmann"

Datum: **Donnerstag, 7. November 2019**
Türöffnung: 14:00 Uhr
Zeit: **14:30 Uhr**

Apéro riche: **16:00 Uhr**

Ort: **Hotel Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich**

Joseph Jung publizierte zahlreiche Bücher über die Wirtschafts- und Kulturgeschichte der Schweiz.
Für seine Bestseller-Biographien von Alfred Escher und Lydia Welti-Escher wurde Herr Jung mehrfach ausgezeichnet.

Jedermann ist herzlich eingeladen!

VEREIN
FÜR AKTIVE SENIOREN
www.aktive-senioren.ch

«Schweiz – EU: was ist zu tun?»
mit Christoph Blocher und Reiner Eichenberger

Samstag, 23. November 2019
10.30 Uhr (Ende ca. 12.45 Uhr)
Hotel Marriott, Neumühlequai 42, 8006 Zürich

Dr. Christoph Blocher
alt Bundesrat und Unternehmer

Prof. Dr. Reiner Eichenberger
Ökonom, Universität Fribourg

«Die Schweiz steht an einem Wendepunkt»

«So nützt Zuwanderung allen. Eine ökonomische Analyse»

Input-Referate, anschliessend Diskussion mit dem Publikum
Moderation: Dominik Feusi, Wirtschaftsredaktor Tamedia
Öffentliche Veranstaltung, Eintritt frei.

Veranstalter:
Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt, www.unternehmer-vereinigung.ch
Komitee selbstbewusste freie Schweiz, www.selbstbewusstundfrei.ch
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), www.auns.ch – www.gilets-rouges.ch
Schweizerzeit, www.schweizerzeit.ch
Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt (EU-No), www.eu-no.ch
Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, www.prolibertate.ch
Junge AUNS «strong and free», www.strong-and-free.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 4. November 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Jeweils am ersten Samstag des Monats, 11 bis 13 Uhr, Restaurant Linde, Bonstetten.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Meilen/Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, im Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, Seebahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 6. November 2019, 11.30–14.00 Uhr, Restaurant Stube, Uf de Strass 1, Marthalen, SVP-Politlunch mit Parteipräsident Patrick Walder. Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer.

Bezirk Bülach
Freitag, 1. November 2019, ab 18.00 Uhr, «Oskis Besenbeiz», Sunnehof 1, Glattfelden, SVP-Herbstfest mit Nachtessen. Referat von Hans Frei, Präsident des Zürcher Bauernverbandes. Anmeldung beim Sektionspräsidenten.

Bezirk Dielsdorf/Boppelsen
Samstag, 9. November 2019, ab 18.00 Uhr, Mehrzweckraum Wohnen im Alter, Alte Buchserstrasse 14, Boppelsen, Raclette-Abend.

Bezirk Hinwil/Grüningen
Donnerstag, 14. November 2019, 20.00 Uhr, Restaurant Adler, Grüningen, Mitgliederversammlung.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Freitag, 1. November 2019, und Samstag, 2. November 2019, jeweils ab 18.00 Uhr, Chalchtarenstrasse 80, Wädenswil, SVP-Metzgete. Reservationen: 043 477 85 50.

Bezirk Meilen/Meilen
Donnerstag, 12. Dezember 2019, 19.00 Uhr, im Löwen, Meilen, Bericht aus dem Nationalrat und dem Kantonsrat mit Nationalrat Roger Köppel und Kantonsrat Hans-Peter Amrein.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Montag, 25. November 2019, 20.00 Uhr, Café Voland, Bauma, Parteiversammlung/Chlaushöck.

Samstag, 1. Februar 2020, 19.00 Uhr, Holzwarenfabrik Nef, Bauma, Fondueabend.

Bezirk Winterthur/Hagenbuch
Samstag, 23. November 2019, Apéro ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hagenbuch, Raclette-Essen mit SVP-Nationalrätin Verena Herzog. Kosten: CHF 30.– inkl. Apéro und Dessert (ohne Getränke). Anmeldung bis 18. November 2019 an rolf.sturzenegger@win.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 2. November 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern, Standaktion.

Freitag, 15. November 2019, ab 18.00 Uhr, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich, SVP-Polit-Apéro mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Samstag, 16. November 2019, 09.00–12.00 Uhr, bei Kirche Maria-Lourdes, Zürich-Seebach, Standaktion.

Samstag, 7. Dezember 2019, 19.00 Uhr, im Hotel/Restaurant Landhus, Zürich, politischer Jahresausklang.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 25. April 2020, 10.30–15.30 Uhr, Kaserne Bern, 35. ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).

Freitag, 4. September 2020, bis Sonntag, 6. September 2020, Weiningen, SVP-Schiessen 2020 (Vorschiessen am Freitag, 28. August 2020). Weitere Informationen folgen.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 7. November 2019, 14.30 Uhr (Türöffnung 14.00 Uhr), Hotel Restaurant Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, Vortrag von Professor Joseph Jung: «200. Geburtstag Alfred Escher 1819–1882, Unternehmer und Staatsmann». Apéro riche um 16.00 Uhr.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 15. November 2019, ab 18.00 Uhr mit

Barbara Steinemann
Nationalrätin SVP ZH

Thema:
Sozialhilfe und Sozialindustrie

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

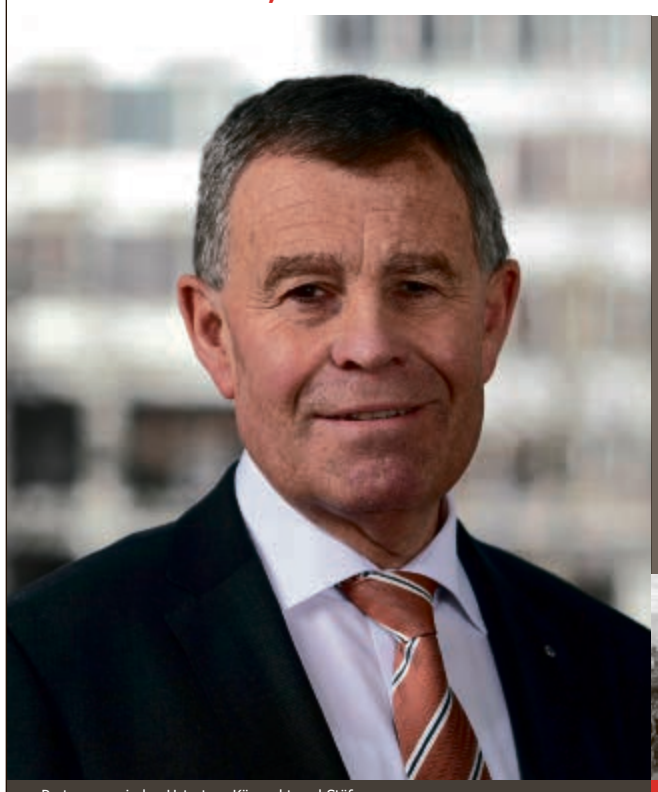
Informationen über weitere Anlässe der SVP Zürich 11 finden Sie unter: **www.svp-zuerich11.ch**
SVP Zürich 11, 8050 Zürich

Schweizer Qualität SVP Die Partei des Mittelstandes

Im November 1830 tagten 10 000 Bürger der Landschaft in Uster und begründeten die Volksherrschaft im Kanton Zürich.

uster Wohnstadt am Wasser

USTERTAG 2019
SONNTAG, 17. NOVEMBER



FEIER:
14.00 UHR
REFORMIERTE KIRCHE

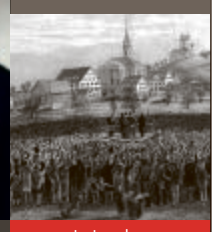
Vorredner:
Philipp Kutter, CVP
Nationalrat Kanton Zürich
Stadtpräsident Wädenswil

Hauptredner:
Ernst Stocker, SVP
Regierungsrat
des Kantons Zürich

Umrahmung:
Konzertchor Sängerbund und Stadtmusik Uster, Compagnie 1861

Apéro:
15.30 Uhr, Landihalle

Risotto-Essen:
16.15 Uhr, Stadthalle
Unterhaltung:
Tambourenverein und das Militärspiel Uster



Partnergemeinden Ustertag: Küsnacht und Stäfa

www.ustertag.ch

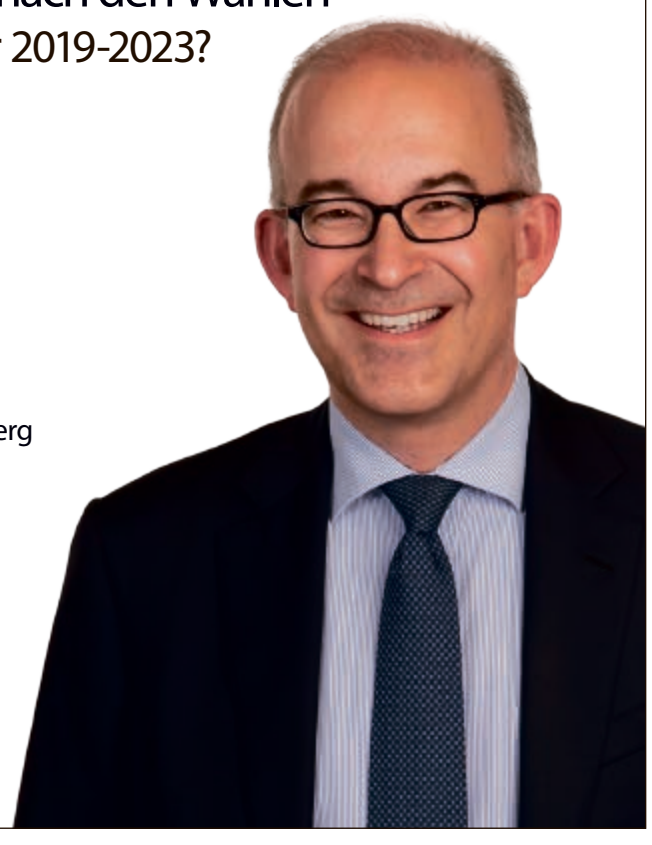
Das Bundeshau im Ausnahmezustan

Politische Standortbestimmung nach den Wahlen
Was erwartet uns in der Legislatur 2019-2023?

Gregor Rutz
Nationalrat / Präsident IG Freiheit

Montag, 4. November 2019
19.00 - 20.00 Uhr
Ristorante Rosengarten, Forchstr. 191, 8125 Zollikerberg

Alle sind herzlich zu einem Feierabend-Bier oder einem Glas Wein eingeladen!



SVP Zollikon